

Landkreis Vorpommern-Rügen

Der Kreistagspräsident



Niederschrift über die 27. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 27. Mai 2024

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 20:02 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Uwe Ahlers
Frau Ute Bartel
Herr Alexander Benkert
Herr Ernst Branse
Frau Wenke Brüdgam
Herr Jörg Burwitz
Herr Christian Ehlers
Frau Rita Falkert
Herr Frank Fanter
Herr Harry Glawe
Herr Christian Griwahn
Herr Aurel Hagen
Herr Benjamin Heinke
Herr Roland Herrmann
Herr Maik Hofmann
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Frau Kristine Kasten
Herr Albrecht Kiefer
Frau Anett Kindler
Frau Cornelia Klemm
Herr Holger Kliewe
Herr Frank Kracht
Herr Helmut Krüger
Frau Andrea Kühl
Herr Andreas Kuhn
Herr Jens Kühnel
Frau Josefine Anika Kümpers
Frau Christiane Latendorf
Herr Dirk Leistner
Herr Mathias Löttge
Herr Wolfgang Meyer
Frau Christiane Müller
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus

Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Helmut Poppe
Frau Julia Präkel
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Thomas Reichenbach
Herr Gerd Scharmberg
Frau Dr. Doris Schmutzer
Herr Daniel Schossow
Frau Sandra Schröder-Köhler
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Jürgen Suhr
Frau Gabriele Szelwis
Herr Norbert Thomas
Frau Heike Völschow
Frau Simone Wagner
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp
Frau Susann Wippermann
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow
Herr Tilo Ziemßen
Frau Anita Zimmermann

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth
Frau Kathrin Meyer
Frau Ricarda Rumpel
Frau Dörte Heinrich
Herr Frank-Peter Lender
Frau Silke Egger
Frau Anja Rohkohl
Herr Steffen Albrecht
Herr Marcus Hanusch
Frau Anja Pfefferkorn
Frau Manuela Redlich
Herr Bastian Köhler
Frau Sandra Lehmann

Landrat
1. Stellv. d. Landrates, Beigeordnete
2. Stellv. d. Landrates, Beigeordnete
Beigeordnete
FBL 4
FDL 01
FDL 04
EBL Rettungsdienst
FDL 01.20
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Kreistagsangelegenheiten
Pressesprecherin

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Norbert Benedict	entschuldigt
Herr Stefan Giese	entschuldigt
Herr Frank Ilchmann	entschuldigt
Herr Matthias Klein	entschuldigt
Frau Andrea Köster	unentschuldigt
Herr Philipp Laars	unentschuldigt
Herr Hendrik Lastovka	entschuldigt
Herr Michael Lorusch	entschuldigt
Frau Sylvia Schiefler	entschuldigt
Herr Dario Seifert	entschuldigt
Herr Peter van Slooten	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift vom 11. März 2024
5. Information des Kreistagspräsidenten
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Erneuerung der Bestellung des Leiters des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb" des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/3/0583
9. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten für den Landkreis Vorpommern-Rügen BV/3/0590
10. Bestellung einer Rechnungsprüferin für den Landkreis Vorpommern-Rügen BV/3/0588
11. Nachbesetzung des Seniorenbeirat des Landkreises Vorpommern- BV/3/0585

Rügen

12. Gemeinsamer Informationsbericht des Rechnungsprüfungsamtes und Rechnungsprüfungsausschusses zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 und 2 KPG M-V für das Jahr 2020 I/3/0029
13. Gemeinsamer Informationsbericht des Rechnungsprüfungsamtes und Rechnungsprüfungsausschusses zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 und 2 KPG M-V für das Jahr 2021 I/3/0030
14. Richtlinie über die Entschädigung von ehrenamtlich Tätigen im Brand- und Katastrophenschutz BV/3/0571
15. 12. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/3/0589
16. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2022 BV/3/0578
17. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2022 BV/3/0579
18. Landesrahmenvertrag für die Einrichtungen der Kindertagesförderung BV/3/0582
19. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zum Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit den Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH (Bodden-Kliniken) BV/3/0587/1
20. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE: „Verbesserung der Nahverkehrs-Mobilität von und zum Wohnheim für geflüchtete Menschen in Neu Lüdershagen“ A/3/0252
21. Schulentwicklungsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2022/2023 - 2026/2027 BV/3/0406
22. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW: "Arbeitspflicht für Asylbewerber im Landkreis Vorpommern-Rügen" A/3/0253
23. Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, BfS/FDP, CDU: "Investitions- und Ausbildungskosten nicht vom Pflegegeld für Pflegebedürftige abziehen" A/3/0254
24. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS/FDP, SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE: "Appell an politische Entscheidungsträger ihre Versprechen zur schnelleren Bahnanbindung Berlin zu halten" A/3/0255
25. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW, CDU: "Aufbau eines Energiemanagements für die Liegenschaften des Landkreises Vorpommern-Rügen" A/3/0256
26. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW, CDU: "Finanzierung der Frauenschutzhäuser" A/3/0257
27. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW: "Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche" A/3/0258
28. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE: "Schul- und Kitaverpflegung günstig, gesund und regional gestalten" A/3/0259
29. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr **Kreistagspräsident Kuhn** eröffnet die 27. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde, 55 von 69 Kreistagsmitgliedern anwesend sind und damit die Beschlussfähigkeit besteht.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr **Suhr** teilt mit, dass die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE den Antrag A/3/0252 - „Verbesserung der Nahverkehrs-Mobilität von und zum Wohnheim für geflüchtete Menschen in Neu Lüdershagen“ zurückziehe.

Herr **Landrat Dr. Kerth** bittet um Aufnahme der Beschlussvorlage BV/3/0406 - “Schulentwicklungsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2022/2023 - 2026/2027” und begründet die Dringlichkeit.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der Aufnahme der Beschlussvorlage BV/3/ als TOP 21 einstimmig zu.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen bestätigt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 11. März 2024

Änderungen werden nicht vorgetragen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen bestätigt einstimmig bei wenigen Enthaltungen die Niederschrift vom 11. März 2024.

5. Information des Kreistagspräsidenten

Herr **Kreistagspräsident Kuhn** gibt einen Überblick über die Arbeit des Kreistages Vorpommern-Rügen der vergangenen 5 Jahre:

Seit 2019 habe der Kreistag 28-mal in dem Gremium getagt. 379 Ausschusssitzungen haben stattgefunden. In den letzten 5 Jahren wurden 602 Beschlüsse für den Landkreis Vorpommern-Rügen gefasst. Davon lagen 498 als Beschlussvorlagen und 104 als Anträge vor. Die Anzahl der Anfragen von Kreistagsmitgliedern war im Jahr 2021 auf dem Höhepunkt mit insgesamt 100. Einwohneranfragen im Kreistag gab es insgesamt 46. Als Highlights der Arbeit in der aktuellen Wahlperiode werden die Eröffnung der Betriebswerkstatt Rügenschke BäderBahn und Eisenbahnerlebnislandschaft in Putbus, das Bauvorhaben des Berufsschulcampus und die Einführung der Schülernetz Karte gesehen.

Auch die Umsetzung der Schuldigitalisierung werde in den Sommerferien 2024 vollständig umgesetzt.

Die Abfallgebühren seien seit der Einführung des einheitlichen Abfallgebührensyste.ms stabil.

Das Telenotarztprojekt wurde bereits 2018 mit dem Nachbarlandkreis Vorpommern-Greifswald initiiert. Im Juni 2019 bekam der Landkreis Vorpommern-Rügen eine Förderung von knapp 600.000 € für die Erweiterung. Inzwischen seien 13 Rettungswagen im Landkreis mit diesem Service ausgerüstet. Aus der Idee sei inzwischen ein landesweites Gesamtprojekt geworden.

Die innovative Projektidee der gemeinsamen Vermittlung des Kassenärztlichen Notdienstes für die Landkreise Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald durch die Integrierte Leitstelle in Stralsund sei ebenfalls eines der Leuchtturmprojekte im Landkreis.

Zum Thema Radwege wurde die Prioritätenliste für straßenbegleitende Radwege entlang von Bundes- und Landesstraßen durch Beschlüsse regelmäßig aktualisiert. Zusätzlich habe der Kreistag eine Prioritätenliste für straßenbegleitende Radwege an Kreisstraßen beschlossen.

Gemeinsam mit dem Mobilitätsausschuss wurde ein neuer Nahverkehrsplan aufgestellt. Damit verbunden wurde auch beschlossen, dass der Landkreis die Nahverkehrsleistungen auch zukünftig direkt an die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR) vergeben werde. Dies wurde europaweit bekannt gemacht. Weiterhin wurden Beschlüsse zur Barrierefreiheit des öffentlichen Personennahverkehrs getroffen und die Umsetzung der Wasserstoffstrategie des Landkreises in enger Zusammenarbeit mit dem Verkehrsunternehmen.

Zum Breitbandausbau informiert Herr Kreistagspräsident Kuhn, dass 65 % aller Hausanschlüsse auf dem Festland des Landkreises bereits ans Glasfasernetz mit Hilfe von Fördermitteln angeschlossen wurden.

Im Zuge der Sanierung der Landesstraße L30 entlang der Nehrung Schaabe soll unter anderem ein Konzept für eine optimale Verkehrsanbindung des Strandes und gesicherte Übergänge geschaffen werden. Momentan sei die Situation durch Wildparkerei und damit eine Gefährdung der Verkehrssicherheit sowie der Natur und Umwelt gekennzeichnet. Der Landrat erklärte sich bereit, die Erstellung des Konzeptes federführend unter Beteiligung der Gemeinden, des Straßenbauamtes und des Forstamtes zu übernehmen. Die Fertigstellung des Konzeptes sei in 2024 geplant.

Abschließend habe der Kreistag zusätzlich freiwillige Leistungen in Höhe von insgesamt 3.387.000 € beschlossen.

Wesentlich für die Arbeit der Kreistagsmitglieder sei die Einführung der Tablets im Jahr 2020 mit einer Gesamtsumme von 29.695,50 € gewesen.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bedankt sich bei allen Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit in der aktuellen Wahlperiode.

Frau Kasten bedankt sich beim Kreistag für die Zuwendung in der letzten Zeit. Sie wünsche allen Mitgliedern, die sich erneut für die Kommunalwahlen aufstellen, viel Erfolg und gibt ihnen einen Überblick über die aus ihrer Sicht wichtigen Punkte für die kommende Zeit. Abschließend teilt Frau Kasten mit, dass sie zum 9. Juni 2024 den Austritt aus der SPD vollzogen habe.

Herr Dr. Weiß informiert den Kreistag als Mitglied der Mitgliederversammlung "Pomerania" aus der Gremienarbeit der aktuellen Wahlperiode.

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass inzwischen die Kfz-Zulassung an allen Standorten des Landkreises wieder möglich sei. Nicht verschweigen könne er, dass viel Abarbeitungsstau aufkomme und demzufolge mit entsprechenden Wartezeiten zu rechnen sei. Es gebe strikte Terminvorgaben, weswegen Laufkundschaft nicht angenommen werden könne. Er bedanke sich bei der Hansestadt für die Aufnahme in der Überbrückungszeit und für die Übergangslösungen. Außerdem seien Umkennzeichnungen auch wieder möglich.

Der Hackerangriff sei weiterhin ein großes Thema in der Verwaltung. Darüber hinaus habe die Verwaltung keine Internetanbindung, sodass auch die altbekannten E-Mailadresse nicht benutzt werden können. Nach und nach werden Fachprogramme ans Netz angeschlossen, sodass die Verwaltung zukünftig wieder voll arbeitsfähig werden könne.

Das Thema Bodden-Klinik stehe heute auf der Tagesordnung erläutert **Herr Landrat Dr. Kerth**. Er merkt dazu an, dass sich eine gemeinsame Terminfindung mit dem Land als schwierig erwiesen habe, nun aber für die nächste Woche ein erster Gesprächstermin feststehe.

Herr Landrat Dr. Kerth macht darauf aufmerksam, dass am 1. Juni 2024 die VVR ein 10-jähriges Jubiläum feiere, wozu alle herzlich eingeladen seien. Von 10 bis 16 Uhr gebe es tolle Angebote.

Außerdem informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen nun offiziell durch ein Urteil Hyexpert-Wasserstoffregion sei. Er blicke auf die geplante Förderung der Wasserstoffbusse optimistisch, sodass nach Zusage der Förderung folglich drei Wasserstoffbusse zu günstigen Konditionen angeschafft werden könnten.

Abschließend hoffe **Herr Landrat Dr. Kerth** viele Kreistagsmitglieder am 31. Mai 2024 auf dem Sommerempfang zu sehen. Er wünsche allen, die er im neuen Kreistag nicht mehr wiedersehe alles Gute für die Zukunft und bedankt sich bei Allen für die gute Kreistagsarbeit in der aktuellen Wahlperiode.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Frau Latendorf macht darauf aufmerksam, dass es in Sundhagen ein hervorragendes, kleines Erdölmuseum gebe. Das Museum kämpfe derzeit ums Überleben. Sie erfragt dahingehend, ob der Landkreis Vorpommern-Rügen eine Möglichkeit sehe, das Erdölmuseum zu unterstützen und somit am Leben zu halten.

Frau Dr. Kannengießler erfragt den aktuellen Stand zum Radweg Zirkow-Serams. Im Herbst letzten Jahres erfolgte der Baubeginn. Seit einiger Zeit herrsche Stillstand auf der Baustelle.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

8. Erneuerung der Bestellung des Leiters des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb" des Landkreises Vorpommern-Rügen Vorlage: BV/3/0583

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 608-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Im Zuge der Neuorganisation und Neuausrichtung des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügenschke Kleinbahn" wird die Bestellung von Herrn Kay-Uwe Hermes als Eigenbetriebsleiter rückwirkend zum 1. Januar 2018 als Leiter des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb" des Landkreises Vorpommern-Rügen erneuert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

9. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten für den Landkreis Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0590

Frau Dr. Braun stellt sich den Kreistagsmitgliedern vor.

Herr Kracht teilt mit, dass er die Arbeit von Frau Dr. Braun schätze und die Kreistagsfraktion DIE LINKE der Beschlussvorlage zustimmen werde. Nichtsdestotrotz wünsche er sich zukünftig die Einbindung des Kreistages bei wichtigen Personalentscheidungen. Der Kreisausschuss hätte sich intensiver damit beschäftigen sollen.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass er die Kritik annehme und zukünftig umsetzen werde.
Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 609-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Bestellung von Frau Dr. Christine Braun als Gleichstellungsbeauftragte gem. § 118 Abs. 2 Satz 1 Kommunalverfassung M-V i. V. m. § 14 Abs. 1 der Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und acht Enthaltungen zugestimmt

10. Bestellung einer Rechnungsprüferin für den Landkreis Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0588

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 610-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Frau Juliane Rebschläger wird mit Wirkung vom 1. Juni 2024 zur Rechnungsprüferin des Landkreises Vorpommern-Rügen bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

**11. Nachbesetzung des Seniorenbeirat des Landkreises Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0585**

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 611-27/2024

Der Kreistag beschließt den Seniorenbeirat des Landkreises Vorpommern-Rügen mit folgenden Personen nachzubesetzen:

1. Frau Christine Becker und
2. Frau Doris Dillner.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt

**12. Gemeinsamer Informationsbericht des Rechnungsprüfungsamtes und
Rechnungsprüfungsausschusses zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 und 2
KPG M-V für das Jahr 2020
Vorlage: I/3/0029**

Redebedarf besteht nicht.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**13. Gemeinsamer Informationsbericht des Rechnungsprüfungsamtes und
Rechnungsprüfungsausschusses zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 und 2
KPG M-V für das Jahr 2021
Vorlage: I/3/0030**

Redebedarf besteht nicht.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**14. Richtlinie über die Entschädigung von ehrenamtlich Tätigen im Brand- und
Katastrophenschutz**

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 612-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Richtlinie über die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen im Brand- und Katastrophenschutz des Landkreises Vorpommern-Rügen gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

15. 12. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0589

Herr Löttge informiert, dass durch die kurzfristige Neufassung der Kommunalverfassung einige Schwierigkeiten auf die Verwaltungen der Kommunen zukomme. Durch die sich unter anderen daraus ergebenden Veränderungen in Bezug auf die Vergabe bittet er im §12 einen neuen Absatz 1a für den Übergangszeitraum wie folgt einzufügen und begründet dies:

„(1a) Die Landrätin bzw. der Landrat entscheidet bis zur Neuregelung in der Hauptsatzung über die Einleitung und Ausgestaltung von Vergaben im Sinne des § 104 Absatz 4a KV M-V.“

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Löttge.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag einstimmig bei zwei Enthaltungen zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage unter Berücksichtigung des Änderungsantrages.

Beschluss: KT 613-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte 12. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 56 Ja-Stimmen und einer Enthaltung bei 57 Anwesenden zugestimmt

16. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2022
Vorlage: BV/3/0578

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 614-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag stellt den durch die AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss des Eigenbetriebes Rettungsdienst zum 31. Dezember 2022 mit einer Bilanzsumme von 16.654.477,53 EUR und einem Jahresüberschuss von 50.000,00 EUR fest.
2. Der Kreistag beschließt, dass der Jahresüberschuss in Höhe von 50.000,00 EUR auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- 17. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Jahr 2022**
Vorlage: BV/3/0579
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 615-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag erteilt der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst für das Haushaltsjahr 2022 die Entlastung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- 18. Landesrahmenvertrag für die Einrichtungen der Kindertagesförderung**
Vorlage: BV/3/0582
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 616-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag ermächtigt den Landrat, den Beitritt des Landkreises Vorpommern-Rügen zum verhandelten Landesrahmenvertrag gemäß § 24

- Abs.5 KiföG M-V gegenüber dem Landkreistag M-V zu erklären.
2. Der Kreistag beauftragt den Landrat unter Beachtung des Landesrahmenvertrages die satzungsrechtlichen Grundlagen im Sinne KiföG M-V zu prüfen und dem Kreistag eine entsprechende Satzungsänderung (Dritte Satzung zur Änderung der „Satzung zur Bemessung des pädagogischen Personals in den Kindertageseinrichtungen im Landkreis Vorpommern-Rügen“) vorzulegen, mit der die Vorgaben des Vertrages innerhalb von sechs Monaten nach Vertragsschluss durch den Landkreistag in Kraft zu setzen sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt

19. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zum Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit den Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH (Bodden-Kliniken)**
Vorlage: BV/3/0587/1
-

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 617-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Kreisausschusses vom 6. Mai 2024 zum Abschluss einer Vereinbarung über die Gewährung von Kassenbestandsverstärkungsmitteln für die Bodden-Kliniken.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt

20. **Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE: „Verbesserung der Nahverkehrs-Mobilität von und zum Wohnheim für geflüchtete Menschen in Neu Lüdershagen“**
Vorlage: A/3/0252
-

Vom Einreicher zurückgezogen.

21. **Schulentwicklungsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2022/2023 - 2026/2027**
Vorlage: BV/3/0406
-

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 618-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. den Schulentwicklungsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2022/2023 - 2026/2027.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 11 Enthaltungen zugestimmt

22. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW: "Arbeitspflicht für Asylbewerber im Landkreis Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/3/0253

Herr Heinke begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Suhr begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE.

Frau Wippermann stimmt den Aussagen von Herrn Suhr zu. Sie bittet den Landrat um einen kurzen Sachstandsbericht, wie es aktuell im Landkreis bezüglich der Arbeitseinbindung von Geflüchteten ablaufe.

Frau Latendorf führt aus, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE sich dem Änderungsantrag der Fraktion B90/GRÜNE anschließe. Der letzte Satz des ursprünglichen Antrages sei aus ihrer Sicht nicht nötig. Sie stellt außerdem diesbezüglich folgende Fragen an den Landrat:

1. Was tut der Landkreis Vorpommern-Rügen dafür, um Arbeitsangelegenheiten für den angesprochenen Personenkreis zur Verfügung zu stellen?
2. Werden die dafür notwendigen Personalkosten durch das entsprechende Ausführungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern gedeckt oder sind zusätzliche Mittel des Landkreises erforderlich?
3. Müsste es demzufolge einen Personalaufwachs geben?

Herr Kühnel merkt an, dass die Kreistagsfraktion AfD dem Ursprungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS-FDP zustimmen werde. Den Änderungsantrag werde die Kreistagsfraktion AfD ablehnen.

Frau Dr. Kannengießner schließt sich dem Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS-FDP an. Es sei durchaus legitim auch mal Sanktionen zu erheben. Bei den Geflüchteten Menschen handle es sich vorwiegend um junge Menschen. Tagtäglich werde in den Medien von einem Arbeitskräftemangel berichtet, wo diese jungen Leute dringend gebraucht werden. Außerdem erfragt sie beim Landrat Dr. Kerth wie der aktuelle Stand zum Thema Job-Turbo sei. Deutschland liege dahingehend hinter vielen anderen Ländern.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert zum Thema Job-Turbo, dass dies aus seiner Erfahrung heraus ins Leere läuft, wenn der Gesetzgeber dahingehend keine vernünftigen Gegebenheiten schafft. Er habe den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS-FDP so verstanden, dass es nicht nur um die Umsetzung des Gesetzes gehe, sondern darum funktionierende Strukturen zu schaffen. Gemeinsam mit der Hansestadt Stralsund habe der Landkreis bereits diesbezüglich ein Modellprojekt erarbeitet und in Schwerin vorgestellt.

Herr Kracht teilt mit, dass im Asylbewerberleistungsgesetz genau stehe was bei

einer unbegründeten Ablehnung einer Tätigkeit passiere. Wichtig sei, dass Asylsuchende die Möglichkeit haben mit der Deutschen Sprache kommunizieren zu können. Jedoch werden diese Integrationskurse über Jahre angeboten. Aufgrund der Sprachbarriere werden viele Asylsuchende auf dem ersten Arbeitsmarkt abgelehnt. Wenn Strukturen geschaffen werden, dann solle das Geld direkt in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fließen.

Herr Löttge merkt an, dass die einreichenden Fraktionen hinter ihrem Antrag stehen. Auch der Landrat begrüße diesen. Ebenfalls bedanke er sich bei der Verwaltung für die Bemühungen der Erarbeitung des Modellprojektes.

Herr Scharmberg stellt klar, dass es in dem Antrag darum gehe, dass jemand sanktioniert werde, dem Arbeit angeboten wurde und diese ablehne und nicht jemanden, der nicht kann.

Frau Meyer gibt einen aktuellen Stand. Derzeit befinden sich 210 Asylbewerber in Arbeitsangelegenheiten. Die Kosten wurden bislang vom Land erstattet, sodass für den Landkreis keine Aufwendungen entstehen. Die Asylbewerber erhalten von der Verwaltung die Aufforderung der Arbeit. Dabei gebe es einige wenige, die dieser Arbeit nicht nachgehen. Bei denen wird dann nach Gesetz sanktioniert. Neu sei jetzt allerdings, dass die Kosten vom Land zukünftig nicht mehr erstattet werden und die Träger selbst verantwortlich sind die 80ct pro Stunde zu zahlen. Wünschenswert sei ein Großprojekt bei dem das Lernen der Sprache sowie gemeinnützige Tätigkeiten verbunden werden. Dazu benötige es jedoch eine entsprechende Organisation und Abstimmung.

Herr Heinke merkt an, dass im Antrag von den gesetzlich vorgegebenen Sanktionen die Rede sei und diese nicht schädlich sind. Aus dem Grund werde die Kreistagsfraktion CDU den Änderungsantrag ablehnen und beim Ursprungsantrag bleiben.

Herr Suhr teilt mit, dass der erste Teil des Antrages mit dem Schaffen von Strukturen eine überaus sinnvolle Initiative beschreibe. Im zweiten Teil werde jedoch das Gesetz zitiert. Dies sei ein Bundesgesetz und liege nicht in der Zuständigkeit des Kreistages. Mit der Zustimmung des Antrages positioniere man sich gleichzeitig zum Gesetz, weswegen die Kreistagsfraktion B90/Grüne dem Ursprungsantrag nicht zustimmen werde.

Herr Glawe teilt mit, dass es darum gehe ein Modellprojekt für den Landkreis Vorpommern-Rügen auf den Weg zu bringen, mit dem Ziel Asylbewerber schneller und näher in den Arbeitsmarkt zu bekommen. Dazu seien Ausnahmegenehmigungen nötig. Dieser Schritt sei auch für eine Evaluierung wichtig, um zu sehen, ob dieser Weg der richtige sei.

Frau Kasten stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung zum Antrag der Geschäftsordnung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Antrag auf Ende der Debatte einstimmig zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/Grüne mehrheitlich bei 21 Ja-Stimmen und 36 Gegenstimmen ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den ursprünglichen Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS-FDP.

Beschluss: KT 619-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, Strukturen zu schaffen, die Geflüchtete über die Aufnahme von gemeinnütziger Arbeit effizient auf den Arbeitsmarkt vorbereiten und möglichst in Arbeit bringen. Um das Ehrenamt und die Gemeinden zu unterstützen, sollten Asylbewerber bei staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Trägern sowie Vereinen ihre Arbeit leisten. Dafür wird entsprechend AsylbLG eine Aufwandsentschädigung von 80 Cent je Stunde ausgezahlt, die von den jeweiligen Trägern der Maßnahme übernommen wird. Die Arbeitszeit kann bis zu 4 Stunden täglich betragen. Die Arbeitstätigkeiten dürfen keine regulären Arbeitsplätze gefährden.

Die Aufnahme von Beschäftigung führt zu einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung und ist zudem ein wirksames Mittel für eine erfolgreiche Integration. Bei fehlender Mitwirkung sollen die gesetzlichen Sanktionsmöglichkeiten (Geldkürzungen) angewendet werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

**23. Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, BfS/FDP, CDU: "Investitions- und Ausbildungskosten nicht vom Pflegegeld für Pflegebedürftige abziehen"
Vorlage: A/3/0254**

Herr Löttge begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, BfS-FDP und CDU. Er bittet um Änderung des Antrages wie folgt:

1. "Der Kreistagspräsident wird beauftragt, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Pflegebedürftigen von den Investitions- und Ausbildungskosten aus den Leistungen zur Finanzierung ihrer Pflege freigestellt werden und diese von der Landes-bzw. Bundesregierung übernommen werden."

Herr Glawe informiert, dass die Pflegeversicherung in die Jahre gekommen sei und die Finanzierbarkeit auf der Kippe stehe. Die Pflegebeiträge wurden um 3,4 % sowie für Kinderlose um 4 % erhöht. Trotz dessen geraten die Pflegeversicherungen und Krankenkassen immer weiter ins Defizit. Es sei nicht zu verstehen, dass der Gesundheitsminister Lauterbach erklärt habe die Pflegeversicherung in den Jahren 2024 und 2025 nicht zu reformieren. Erst nach den Wahlen im Jahr 2026 könne damit gerechnet werden. Damit werde die Belastung für die Pflegekassen sowie für die Kreishaushalte in den nächsten Jahren zunehmen.

Frau Latendorf teilt mit, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE dem Antrag

zustimmen werde. Es gehe nicht nur um Pflegeheime, sondern auch um den ambulanten Pflegedienst. In Mecklenburg-Vorpommern sei die Altersstruktur entsprechend hoch. Viele Bürger/innen aus den alten Bundesländern genießen ihren Ruhestand in Mecklenburg-Vorpommern. Die Kosten für die Pflege gehen durch die Decke. Außerdem sei es ein Unding, dass Ausbildungsplätze in staatlicher Hand zu Kosten der Pflegenden und der Bürger/innen stehe. Dafür habe der Staat die Verantwortung zu tragen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den eingebrachten Antrag unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderung des Kreistagsmitgliedes Herrn Mathias Löttge.

Beschluss: KT 620-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistagspräsident wird beauftragt, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Pflegebedürftigen von den Investitions- und Ausbildungskosten aus den Leistungen zur Finanzierung ihrer Pflege freigestellt werden und diese von der Landes-bzw. Bundesregierung übernommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

24. **Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS/FDP, SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE: "Appell an politische Entscheidungsträger ihre Versprechen zur schnelleren Bahnanbindung Berlin zu halten"**
Vorlage: A/3/0255
-

Herr Kliewe begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP, SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE.

Herr Suhr stellt folgenden Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE und begründet dies:

“Der Kreistag Vorpommern-Rügen appelliert eindringlich an die politischen Entscheidungsträger aus Bundes- und Landesregierung ihre Versprechen bezüglich eines schnelleren Bahnausbaus zwischen Berlin und Sassnitz als Ausgleich zur Inbetriebnahme des LNG-Terminals in Mukran einzuhalten und die Planung und den Bau der Vorpommernmagistrale unverzüglich umzusetzen.”

~~Kürzlich ist das Terminal in Betrieb gegangen und nun wird es Zeit, das Vertrauen der Bürger nicht zu verspielen, sondern Taten der Verantwortlichen folgen zu lassen.~~

Frau Dr. Kannengießer teilt mit, dass sie eine schnellere Bahnanbindung auf der Insel Rügen begrüße, jedoch nicht mit der im Antrag formulierten Begründung. Es wundere sie, dass die Fraktionen dem Antrag mit dieser Begründung zustimmen. Sie kämpfe weiter gegen das LNG-Terminal vor der Küste Rügens. Der Bau und die Inbetriebnahme des Terminals sei ein ökologisches und ökonomisches Desaster. Flora und Fauna wurden derart geschädigt. Es würde Jahrzehnte dauern bis sich alles wieder erholen könne. Die Rügener Einwohner/innen seien nicht käuflich. Die

Bahnstrecke stehe schon seit langer Zeit im Verkehrswegeplan. Derzeit erhalte Deutschland Gaslieferungen aus den USA, welche durch den Transport große Klimaschäden mit sich bringen.

Herr Löttge merkt an, dass der Antrag für die Kreistagsfraktion BVR/FW keineswegs eine Zustimmung des LNG-Terminals vor Rügen bedeute. Es gehe darum politische Versprechen einzufordern. Es könne nicht sein, dass Versprechen gemacht werden, die im Nachhinein nicht mehr wahr seien. Er halte das LNG-Terminal weiterhin für falsch. Der Streichung des letzten Satzes könne er zustimmen.

Herr Kracht informiert vorab, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE dem Änderungsantrag zustimmen werde. Mecklenburg-Vorpommern sei in Berlin in Bezug auf die Besetzung der Bundestagsabgeordneten unterrepräsentiert. Der Ostbeauftragte teilte in seiner Rede in Ribnitz-Damgarten mit, dass die Bundesregierung die Punkte Transparenz, Offenheit und Verlässlichkeit verspreche. Genau diese Punkte werden weder bei dem Bahnstreckenausbau noch bei der Auskunft des Zustandes und der Zukunft des LNG-Terminals vor Rügen erfüllt. Anschließend teilt **Herr Kracht** mit, dass er sich für die kommende Kommunalwahl nicht aufstellen lasse und bedankt sich bei Allen für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Herr Scharmberg merkt an, dass es eine Schande und Sünde der Regierung sei die Arbeit des Ehrenamtes auf der kommunalen Ebene mit einem Zeichen der totalen Ignoranz zu versehen. Der Kreistag Vorpommern-Rügen habe mit dem einstimmigen Kreistagsbeschluss gegen das LNG-Terminal die politische Meinung im Landkreis klar verdeutlicht. Er stelle mehr und mehr fest, dass die Säulen der Basisdemokratie von der Bundes- und Landesregierung kaputtgeschlagen werden.

Frau Bartel teilt mit, dass sie im Kreisausschuss die Ideengeberin für einen solchen Antrag gewesen sei und sich freue, dass die Kreistagskollegen/innen einen Antrag dazu vorbereitet haben. Sie wünsche sich, dass man in Berlin und Schwerin verstehen wie die Lage vor Ort sei.

Herr Kliewe führt zum Redebeitrag von Frau Dr. Kannengießer aus, dass die Antragsteller weiterhin gegen das LNG-Terminal vor der Insel Rügen seien und man den Antrag nicht falsch verstehen sollte. Das Terminal sei aber gebaut und man möchte nun die abgegebenen Versprechen einlösen, um wenigstens etwas Schadensbegrenzung für die Region rauszuholen. In den letzten Jahren habe es zugenommen, dass Beschlüsse aus den Reihen der Kommunalpolitik bei den Regierungen nicht ernst genommen werden. Er stimme den vorgeschlagenen Änderungsantrag zu.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag unter Berücksichtigung des vorgetragenen Änderungsvorschlages der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE.

Beschluss: KT 621-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen appelliert eindringlich an die politischen Entscheidungsträger aus Bundes- und Landesregierung ihre Versprechen bezüglich eines schnelleren Bahnausbaus zwischen Berlin und Sassnitz als Ausgleich zur

Inbetriebnahme des LNG-Terminals in Mukran einzuhalten und die Planung und den Bau der Vorpommernmagistrale unverzüglich umzusetzen.“
~~Kürzlich ist das Terminal in Betrieb gegangen und nun wird es Zeit, das Vertrauen der Bürger nicht zu verspielen, sondern Taten der Verantwortlichen folgen zu lassen.~~

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei vier Gegenstimmen zugestimmt

25. **Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW, CDU: "Aufbau eines Energiemanagements für die Liegenschaften des Landkreises Vorpommern-Rügen"**
Vorlage: A/3/0256
-

Herr Niehaus begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW und CDU.

Herr Dr. Weiß merkt an, dass bereits im März 2023 ein analoger Antrag im Kreistag Vorpommern-Rügen gestellt worden sei, welchem mehrheitlich zugestimmt wurde. Er stellt folgende Fragen an den Landrat:

1. Was hat die Kreisverwaltung bislang zum Kreistagsbeschluss getan?
2. Gibt es diesbezüglich konkrete Maßnahmen die umgesetzt werden?
3. Sind dazu Ansätze im Haushaltsplan zu finden?

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass im Stellenplan des Haushaltes 2024 die Stelle eines Energiemanagers vorgesehen sei. Der Haushalt liege jedoch noch zur Freigabe beim Innenministerium. Sobald der Haushalt freigegeben und die Stelle besetzt sei, werde an der Umsetzung gearbeitet.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 622-27/2024

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt den Landrat damit zu beauftragen, den Aufbau eines Energiemanagements umzusetzen und damit dem Kreistagsbeschluss vom 13. März 2023 Rechnung zu tragen.
Einbezogen werden soll die Überprüfung der Errichtung und des Betriebs von Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Gebäuden sowie die Überprüfung, Planung und Durchführung von energetischen Sanierungsmaßnahmen im gesamten Gebäudebestand des Landkreises.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen

26. **Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW, CDU: "Finanzierung der Frauenschutzhäuser"**
Vorlage: A/3/0257
-

Frau Kindler begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW und CDU.

Frau Latendorf stellt folgenden Änderungsantrag im Namen der Kreistagsfraktion DIE LINKE:

“Der Kreistag möge folgende Ergänzung des Antrages beschließen:

Der Landrat soll dabei klarmachen, dass die finanzielle Ausstattung der Frauenschutzeinrichtungen bei Einsatz der Bundesmittel nicht durch den Wegfall kommunaler oder Landesmittel insgesamt schlechter wird. Die Bundesmittel müssen, wie angeführt, zusätzlich bereitgestellt werden.”

Frau Latendorf begründet, dass die berechtigte Gefahr bestehe, dass insbesondere Kommunen ihre Zuschüsse kürzen, weil es sich zumindest teilweise um Leistungen des freiwilligen Bereichs handele. Dies sei nicht im Sinne der betroffenen Frauen und Kinder.

Herr Löttge merkt an, dass der Kreistag in vielen Debatten klargemacht habe, wie wichtig Frauenschutzhäuser für den Landkreis seien. Der Änderungsantrag suggeriere, dass sich der Landkreis nicht zu der Verantwortung bekenne. Man habe das Gegenteil in der zurückliegenden Zeit bewiesen, auch der neue Kreistag wird die Notwendigkeit der Frauenschutzhäuser erkennen. Aus dem Grund sei der Änderungsantrag nicht nötig.

Herr Scharmberg stimmt dem Redebeitrag von Herrn Löttge zu. Der Änderungsantrag greife in die kommunale Selbstverwaltung der Kommunen ein in denen Frauenschutzhäuser sind und welche sich bislang mit freiwilligen Leistungen einbringen. Er appelliert an die Kreistagsfraktion DIE LINKE den Änderungsantrag zurückzuziehen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung des ursprünglich eingebrachten Antrages der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW und CDU.

Beschluss: KT 623-27/2024

Der Landrat wird beauftragt, sich an die Bundesregierung zu wenden, um das im Koalitionsvertrag von 2021 angekündigte Beihilfegesetz, indem der Bund die Länder mit zusätzlichen Mitteln zur Finanzierung von Schutzeinrichtungen für von Gewalt bedrohte Frauen und Kindern ausstatten will, einzufordern.

Darüber hinaus wird der Landrat beauftragt, sich an den Landkreistag MV zu wenden und diesen zu bitten, sich gegenüber der Bundesregierung ebenfalls für die entsprechende Umsetzung einzusetzen.

27. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW: "Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche"
Vorlage: A/3/0258

Frau Kindler begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE, BVR/FW und stellt folgende Änderung vor:

“Der Kreistag beauftragt den Landrat damit, auf der Grundlage der neuen Kommunalverfassung MV und des Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetzes MV Möglichkeiten und Regelungen zu einer umfassenderen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den kommunalen Gremien des Landkreises aufzuzeigen und Vorschläge zur Umsetzung, etwa in der Hauptsatzung oder der Geschäftsordnung des Landkreises, zu erarbeiten und dem Kreistag ~~spätestens zu seiner konstituierenden Sitzung bis zu einem der nächsten Kreistagssitzungen~~ vorzulegen.”

Herr Reichenbach stellt im Namen der Kreistagsfraktion CDU einen Verweisungsantrag in den Jugendhilfeausschuss.

Herr Löttge merkt an, dass Kinder und Jugendliche die Zukunft seien und demzufolge auch eine Möglichkeit bekommen sollten an Entscheidungen von politischen Gremien mitzuwirken. Es spreche nichts dagegen den Antrag in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen, um der Realisierung mehr Zeit zu geben.

Frau Latendorf teilt mit, dass die Kreistagsfraktion diese Thematik seit Jahren fordere. Sie plädiere für eine heutige Abstimmung des Antrages, um dem neuen Kreistag die Aufgabe mit auf den Weg zu geben.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Der Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den gestellten Verweisungsantrag der Kreistagsfraktion CDU.

Der Kreistag Vorpommern stimmt dem Verweisungsantrag in den Jugendhilfeausschuss mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen zu.

28. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE: "Schul- und Kitaverpfl e gung günstig, gesund und regional gestalten"
Vorlage: A/3/0259

Frau Wagner begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE.

Frau Kasten berichtet aus eigenen Erfahrungen.

Frau Latendorf erfragt, mit welchen Mitteln der Landkreis die im Antrag genannten Vorgaben umsetzen könne.

Frau Müller teilt mit, dass ihre Gemeinde eine kommunale Kita mit günstigem, regionalem und gesundem Essen unterhalte. Natürlich könne nicht jede Kita oder Schule eigene Köche anstellen. Auch die Anzahl der verfügbaren Anbieter sei sehr

dünn. Vielleicht sei die Idee wieder Großküchen in Vorpommern-Rügen zu etablieren hilfreich, um Kinder mit gesundem Essen versorgen zu können. Über die Problematik werden schon seit langer Zeit Diskussionen geführt.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt folgenden Beschluss ab:

Der Kreistag beauftragt den Landrat damit, ein Konzept zu einer regional ausgerichteten, kostenfreien bzw. -günstigen und gesunden Schul- und Kitaverpflegung im Landkreis zu erarbeiten, und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. In die Erarbeitung sollen externe Fachleute, regionale Akteure und Vertreter*innen von Kitas und Schulen einbezogen werden. Bestehende und erfolgsversprechende Konzepte wie etwa das des Landkreises Barnim (Brandenburg) in Zusammenarbeit mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde sollen ausgewertet und ggf. eingearbeitet werden. Die Ausschüsse Bildung und Kultur sowie Soziales und Gesundheit werden regelmäßig über den Bearbeitungsstand unterrichtet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

29. Mitteilungen

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist die Kreistagsmitglieder auf den Sommerempfang am 31. August 2024 in Kaschow hin und bittet um rege Teilnahme.

Außerdem informiert **Herr Kreistagspräsident Kuhn**, dass die Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages nach der Kommunalwahl am 8. Juli 2024 stattfinden werde.

Abschließend bedankt sich **Herr Kreistagspräsident Kuhn** bei den Kreistagsmitgliedern, sachkundigen Einwohner/innen und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und schließt die Sitzung des Kreistages um 20:02 Uhr.

25.06.2024, gez. A. Kuhn

Datum, Unterschrift
Andreas Kuhn
Kreistagspräsident

25.06.2024, gez. A. Pfefferkorn

Datum, Unterschrift
Anja Pfefferkorn
Protokollführerin